

Verordnungsblatt für das Generalgouvernement

Dziennik Rozporządzeń
dla Generalnego Gubernatorstwa

1943

Ausgegeben zu Krakau, den 20. August 1943

Wydano w Krakau, dnia 20 sierpnia 1943 r.

Nr. 62

Tag dzień	Inhalt / Treść	Seite strona
21. 7. 43	Verordnung über die Sicherung von Steueransprüchen gegen Deutsche (Steuer-sicherungsverordnung für Deutsche)	407
21. 7. 43	Verordnung über die Sicherung von Steueransprüchen gegen Nichtdeutsche (Steuer-sicherungsverordnung für Nichtdeutsche)	408
	Rozporządzenie w sprawie zabezpieczenia roszczeń podatkowych w stosunku do osób nie będących Niemcami (rozporządzenie zabezpieczające podatki od osób nie będących Niemcami)	408

Verordnung

über die Sicherung von Steueransprüchen gegen Deutsche
(Steuersicherungsverordnung für Deutsche).

Vom 21. Juli 1943.

Auf Grund des § 5 Abs. 1 des Erlasses des Führers vom 12. Oktober 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 2077) verordne ich:

Geltungsbereich.

§ 1

Diese Verordnung gilt für alle deutschen Steuerpflichtigen im Sinne des § 1 Abs. 1 der Einkommensteuerverordnung für Deutsche vom 29. Juni 1943 (VBIGG, S. 323) auf dem Gebiet der staatlichen direkten Steuern und Verkehrsteuern und der Gewerbesteuer einschließlich aller Zuschläge, die zu diesen Steuern erhoben werden.

Sicherungsverfahren.

§ 2

Dinglicher Sicherheitsarrest.

(1) Zur Sicherung von Ansprüchen, die im Zwangsverfahren betreibbar sind, kann der Arrest in das bewegliche oder unbewegliche Vermögen des Pflichtigen angeordnet werden, wenn zu besorgen ist, daß sonst die Erzwingung der Leistung vereitelt oder wesentlich erschwert wird. Der Arrest kann auch dann angeordnet werden, wenn der Anspruch noch nicht zahlenmäßig feststeht. Bei der Anordnung ist ein Geldbetrag zu bestimmen, durch dessen Hinterlegung der Pflichtige die Beseitigung des Arrests und die Aufhebung des vollzogenen Arrests erreichen kann.

(2) Der Arrest in das bewegliche Vermögen wird von der Vollstreckungsbehörde nach den für das Steuerbeitreibungsverfahren im Generalgouvernement geltenden Vorschriften vollzogen.

(3) Der Arrest in das unbewegliche Vermögen wird auf Ersuchen durch Eintragung einer Vormerkung in das Grundbuch (Hypothekenbuch) von dem Gericht vollzogen, bei dem das Grundbuch (Hypothekenbuch) geführt wird.

(4) Ist das Grundstück nicht im Grundbuch (Hypothekenbuch) eingetragen, so erläßt das Deutsche Gericht auf Ersuchen durch Beschluß ein Veräußerungs- und Belastungsverbot. Gegen den Beschluß ist die sofortige Beschwerde zulässig. Eine Nachprüfung von Arrestgrund und Arrestforderung durch das Gericht findet nicht statt.

§ 3

Persönlicher Sicherheitsarrest.

Ein persönlicher Sicherheitsarrest ist nur zulässig, wenn er erforderlich ist, um die gefährdete Zwangsvollstreckung in das Vermögen des Pflichtigen zu sichern. Bei der Anordnung des Arrests ist ein Geldbetrag zu bestimmen, dessen Hinterlegung den Arrest beseitigt. Das Deutsche Gericht des Wohn- und Aufenthaltsorts des Pflichtigen vollzieht den persönlichen Sicherheitsarrest nach § 933 der deutschen Zivilprozeßordnung. Das Deutsche Gericht bestimmt die Beschränkungen der persönlichen Freiheit.

Säumniszuschlag.**§ 4**

(1) Wird eine Steuerschuld, die nach dem 31. August 1943 fällig wird, nicht rechtzeitig entrichtet, so ist mit dem Ablauf des Fälligkeitstags ein einmaliger Zuschlag (Säumniszuschlag) verwirkt.

(2) Wird eine Steuerschuld, die vor dem 1. September 1943 fällig geworden ist, nicht bis zum Ablauf des 31. August 1943 entrichtet, so ist mit dem Ablauf des 31. August 1943 ein einmaliger Zuschlag (Säumniszuschlag) verwirkt.

(3) Der Säumniszuschlag beträgt 2 v. H. des rückständigen Steuerbetrags.

(4) Neben dem Säumniszuschlag werden für die Zeit vom 1. September 1943 an keine Verzugszinsen erhoben. Stundungszinsen werden vom gleichen Zeitpunkt an ebenfalls nicht mehr erhoben.

(5) Das Generalgouvernement zahlt für die Zeit vom 1. September 1943 an keine Steuerzinsen (weder bei Erstattung oder Vergütung noch bei Hinterlegung).

Zuständigkeiten und Rechtsmittel.**§ 5**

(1) Für die Anordnung des dinglichen (§ 2) und des persönlichen (§ 3) Sicherheitsarrests, die

K r a k a u, den 21. Juli 1943.

Der Generalgouverneur

F r a n k

Ersuchen an die Gerichte (§ 2 Abs. 3 und 4) ist der Kreishauptmann / Stadthauptmann (Finanzinspekteur) zuständig, für die Anforderung des Säumniszuschlags (§ 4) das Steueramt.

(2) Gegen die Anordnung des dinglichen und des persönlichen Sicherheitsarrests ist die Beschwerde an den Gouverneur des Distrikts, gegen die Anforderung des Säumniszuschlags die Beschwerde an den Kreishauptmann / Stadthauptmann (Finanzinspekteur) zulässig.

Ermächtigung.**§ 6**

Die Regierung des Generalgouvernements (Hauptabteilung Finanzen) wird ermächtigt, die Vorschriften dieser Verordnung ganz oder zum Teil auch auf nichtdeutsche Steuerpflichtige auszuweiten. Die Vorschriften der Verordnung über die Sicherung von Steueransprüchen gegen Nichtdeutsche (Steuersicherungsverordnung für Nichtdeutsche) vom 21. Juli 1943 (VBIGG. S. 408) finden insoweit keine Anwendung.

Inkrafttreten.**§ 7**

Diese Verordnung tritt am 1. September 1943 in Kraft.

Verordnung

**über die Sicherung von Steueransprüchen
gegen Nichtdeutsche
(Steuersicherungsverordnung
für Nichtdeutsche).**

Vom 21. Juli 1943.

Auf Grund des § 5 Abs. 1 des Erlasses des Führers vom 12. Oktober 1939 Reichsgesetzbl. I S. 2077) verordne ich:

Geltungsbereich.**§ 1**

Diese Verordnung gilt für alle Steuerpflichtigen, die nicht der Steuersicherungsverordnung für Deutsche vom 21. Juli 1943 (VBIGG. S. 407) unterliegen, auf dem Gebiet der staatlichen direkten Steuern und Verkehrsteuern und der Gewerbesteuer einschließlich aller Zuschläge, die zu diesen Steuern erhoben werden.

Sicherungsverfahren.**§ 2**

**Dinglicher
Sicherheitsarrest.**

(1) Zur Sicherung von Ansprüchen, die im Zwangsverfahren betreibbar sind, kann der Arrest in das bewegliche oder unbewegliche Ver-

Rozporządzenie

**w sprawie zabezpieczenia roszczeń podatkowych
w stosunku do osób nie będących Niemcami
(rozporządzenie zabezpieczające podatki od osób
nie będących Niemcami).**

Z dnia 21 lipca 1943 r.

Na podstawie § 5 ust. 1 Dekretu Führer'a z dnia 12 października 1939 r. (Dz. U. Rzeszy Niem. I str. 2077) rozporządzam:

Zakres mocy obowiązującej.**§ 1**

Rozporządzenie niniejsze stosuje się do wszystkich osób obowiązanych do uiszczania podatku, które nie podlegają rozporządzeniu o zabezpieczeniu podatków od Niemców z dnia 21 lipca 1943 r. (Dz. Rozp. GG. str. 407), w zakresie państwowych podatków bezpośrednich i podatków od obrotu oraz podatku przemysłowego łącznie z wszystkimi dodatkami, wymierzonymi wraz z tymi podatkami.

Postępowanie zabezpieczające.**§ 2**

**Areszt zabezpieczający
na rzeczach.**

(1) Celem zabezpieczenia roszczeń, ściągalnych w postępowaniu przymusowym, może być zarządzone areszt na majątku ruchomym lub nieru-

mögen des Pflichtigen angeordnet werden, wenn zu besorgen ist, daß sonst die Erzwingung der Leistung vereitelt oder wesentlich erschwert wird. Der Arrest kann auch dann angeordnet werden, wenn der Anspruch noch nicht zahlenmäßig feststeht. Bei der Anordnung ist ein Geldbetrag zu bestimmen, durch dessen Hinterlegung der Pflichtige die Beseitigung des Arrests und die Aufhebung des vollzogenen Arrests erreichen kann.

(2) Der Arrest in das bewegliche Vermögen wird von der Vollstreckungsbehörde nach den für das Steuerbeitreibungsverfahren im Generalgouvernement geltenden Vorschriften vollzogen.

(3) Der Arrest in das unbewegliche Vermögen wird auf Ersuchen durch Eintragung einer Vormerkung in das Grundbuch (Hypothekenbuch) von dem Gericht vollzogen, bei dem das Grundbuch (Hypothekenbuch) geführt wird.

(4) Ist das Grundstück nicht im Grundbuch (Hypothekenbuch) eingetragen, so erläßt das Bürgergericht auf Ersuchen ein Veräußerungs- und Belastungsverbot unter entsprechender Anwendung der Vorschrift des Art. 856 der polnischen Zivilprozeßordnung.

§ 3

Persönlicher Sicherheitsarrest.

Ein persönlicher Sicherheitsarrest ist nur zulässig, wenn er erforderlich ist, um die gefährdete Zwangsvollstreckung in das Vermögen des Pflichtigen zu sichern. Bei der Anordnung des Arrests ist ein Geldbetrag zu bestimmen, dessen Hinterlegung den Arrest beseitigt. Das Bürgergericht des Wohn- und Aufenthaltsorts des Pflichtigen vollzieht den persönlichen Sicherheitsarrest unter entsprechender Anwendung der Vorschriften der Art. 823 bis 831 der polnischen Zivilprozeßordnung. Die Haft darf die Dauer von sechs Monaten nicht übersteigen.

Säumnisfolgen.

§ 4

Säumniszuschlag.

(1) Wird eine Steuerschuld, die nach dem 31. August 1943 fällig wird, nicht rechtzeitig entrichtet, so ist mit dem Ablauf des Fälligkeitstags ein einmaliger Zuschlag (Säumniszuschlag) verwirkt.

(2) Wird eine Steuerschuld, die vor dem 1. September 1943 fällig geworden ist, nicht bis zum Ablauf des 31. August 1943 entrichtet, so ist mit dem Ablauf des 31. August 1943 ein einmaliger Zuschlag (Säumniszuschlag) verwirkt.

(3) Der Säumniszuschlag beträgt 2 bis 10 v. H. des rückständigen Steuerbetrags.

(4) Neben dem Säumniszuschlag werden für die Zeit vom 1. September 1943 an keine Verzugszinsen erhoben. Stundungszinsen werden vom gleichen Zeitpunkt an ebenfalls nicht mehr erhoben.

(5) Das Generalgouvernement zahlt für die Zeit vom 1. September 1943 an keine Steuerzinsen (weder bei Erstattung oder Vergütung noch bei Hinterlegung).

§ 5

Säumnisstrafen.

(1) Wer böswillig Steuerschulden nicht innerhalb eines Monats nach Fälligkeit entrichtet, kann

chomym obowiązanego do uiszczenia, jeżeli zachodzi obawa, iż w innym wypadku przymusowe ściąganie świadczenia będzie uniemożliwione lub znacznie utrudnione. Areszt zarządzić można także wtedy, gdy roszczenie nie jest jeszcze liczbowo ustalone. Przy zarządzeniu tym należy określić kwotę pieniężną, przez złożenie której obowiązany do uiszczenia może osiągnąć usunięcie aresztu i uchylenie wykonanego aresztu.

(2) Areszt na majątku ruchomym wykonuje władza egzekucyjna według przepisów obowiązujących w postępowaniu o ściąganiu podatków w Generalnym Gubernatorstwie.

(3) Areszt na majątku nieruchomym wykonuje na wniosek sąd, przy którym prowadzona jest księga gruntowa (księga hipoteczna), przez wpis adnotacji do księgi gruntowej (księgi hipotecznej).

(4) Jeżeli nieruchomości nie jest wpisana do księgi gruntowej (księgi hipotecznej), to sąd grodzki wyda na wniosek zakaz zbywania i obciążania przy odpowiednim zastosowaniu przepisu art. 856 polskiego kodeksu postępowania cywilnego.

§ 3

Osobisty areszt zabezpieczający.

Osobisty areszt zabezpieczający dopuszczalny jest tylko wtedy, gdy jest on konieczny, by zabezpieczyć zagrożoną egzekucję z majątku obowiązany do uiszczenia. Przy zarządzeniu aresztu określić należy kwotę pieniężną, uiszczenie której usuwa areszt. Sąd grodzki miejsca zamieszkania i miejsca pobytu obowiązany do uiszczenia wykonuje osobisty areszt zabezpieczający przy odpowiednim zastosowaniu przepisów art. 823 do 831 polskiego kodeksu postępowania cywilnego. Areszt nie może trwać dłużej niż sześć miesięcy.

Skutki zwłoki.

§ 4

Dodatek za zwłokę.

(1) Jeżeli należność podatkowa, płatna po dniu 31 sierpnia 1943 r., nie zostanie w przepisany czasie uiszczona, pociąga to za sobą z upływem dnia płatności jednorazowy dodatek (dodatek za zwłokę).

(2) Jeżeli należność podatkowa, płatna przed dniem 1 września 1943 r., nie zostanie do upływu dnia 31 sierpnia 1943 r. uiszczona, pociąga to za sobą z upływem dnia 31 sierpnia 1943 r. jednorazowy dodatek (dodatek za zwłokę).

(3) Dodatek za zwłokę wynosi 2 do 10% za ległej kwoty podatkowej.

(4) Obok podatku za zwłokę nie wymierza się za czas od dnia 1 września 1943 r. żadnych odsetek za zwłokę. Odsetki za moratorium nie będą również od tegoż czasokresu wymierzane.

(5) Generalne Gubernatorstwo nie płaci za czas od dnia 1 września 1943 r. żadnych odsetek od podatków (ani przy zwrotach lub wynagrodzeniach ani przy złożeniu).

§ 5

Kary za zwłokę.

(1) Kto złośliwie nie uiszcza należności podatkowych w ciągu jednego miesiąca po płatności,

mit Arrest bis zu drei Monaten bestraft werden. Beim Vollzug der Strafe kann bestimmt werden, daß die Strafe in einem Verwaltungsstraflager zum Zwecke der Heranziehung des Bestraften zu gemeinnütziger Arbeitsleistung verbüßt wird. Werden solche gemeinnützigen Arbeitsleistungen von dritter Seite entlohnt, so wird der Lohn zur Deckung der Unterhaltskosten des Bestraften verwendet.

(2) Wer bereits einmal nach Abs. 1 bestraft worden ist, kann im Wiederholungsfall auf unbestimmte Zeit in ein Arbeitsstraflager eingewiesen werden. In gleicher Weise kann verfahren werden, wenn die Säumnisse, deren sich der Pflichtige bei Zahlung von Steuerschulden schuldig gemacht hat, unter besonders schwerwiegenden Umständen begangen worden sind oder wenn der Pflichtige wiederholt böswillig Steuerschulden innerhalb eines Monats nach Fälligkeit nicht entrichtet hat.

Zuständigkeiten und Rechtsmittel.

§ 6

(1) Für die Anordnung des dinglichen (§ 2) und des persönlichen (§ 3) Sicherheitsarrests, die Ersuchen an die Gerichte (§ 2 Abs. 3 und 4) und die Anforderung des Säumniszuschlags (§ 4) ist das Steueramt zuständig, für die Entscheidung nach § 5 Abs. 1 der Kreishauptmann / Stadthauptmann, für die Einweisung in ein Arbeitsstraflager nach § 5 Abs. 2 die Distriktpolizeibehörde.

(2) Gegen die Anordnung des dinglichen und des persönlichen Sicherheitsarrests und gegen die Anforderung des Säumniszuschlags ist die Beschwerde an den Kreishauptmann / Stadthauptmann (Finanzinspekteur) zulässig, gegen die Entscheidung des Kreishauptmanns / Stadthauptmanns nach § 5 Abs. 1 die Beschwerde an den Gouverneur des Distrikts.

Inkrafttreten.

§ 7

Diese Verordnung tritt am 1. September 1943 in Kraft.

K r a k a u, den 21. Juli 1943.

Der Generalgouverneur
Frank

może być ukarany aresztem do trzech miesięcy. Przy wykonaniu kary może być postanowione, iż karę odbywa się w obozie karno-administracyjnym w celu pociągnięcia ukaranego do społecznie pożytecznego świadczenia pracy. Jeżeli takie społecznie pożyteczne świadczenia pracy wynagradza strona trzecia, to używa się wynagrodzenia do pokrycia kosztów utrzymania ukaranego.

(2) Kto został już raz według ust. 1 ukarany, może być w powtórny wypadek skierowany na czas nieokreślony do karnego obozu pracy. W tenże sposób można postąpić, gdy zwłoki, którą zawinił obowiązany do uiszczenia przy płaceniu należności podatkowych, dopuszczono się w szczególnie ciężkich okolicznościach lub gdy obowiązany do uiszczenia powtórnie w ciągu jednego miesiąca po płatności złośliwie nie uiszczył należności podatkowych.

Właściwości i środki prawne.

§ 6

(1) Do zarządzenia aresztu zabezpieczającego na rzeczach (§ 2) i osobistego (§ 3), wniosków do sądu (§ 2 ust. 3 i 4) i żądania dodatku za zwłokę (§ 4) właściwym jest urząd skarbowy, do rozstrzygnięcia według § 5 ust. 1 starosta powiatowy/starosta miejski, do skierowania do karnego obozu pracy według § 5 ust. 2 policyjne władze okręgu.

(2) Na zarządzenie aresztu zabezpieczającego na rzeczach i osobistego oraz na żądanie dodatku za zwłokę dopuszczalne jest zażalenie do starosty powiatowego/starosty miejskiego (inspektor skarbowy), na decyzję starosty powiatowego/starosty miejskiego według § 5 ust. 1 zażalenie do gubernatora okręgu.

Wejście w życie.

§ 7

Rozporządzenie niniejsze wchodzi w życie z dniem 1 września 1943 r.

K r a k a u, dnia 21 lipca 1943 r.

Generalny Gubernator
Frank

Herausgegeben von dem Amt für Gesetzgebung in der Regierung des Generalgouvernements, Krakau 20, Regierungsgebäude. Druck: Zeitungsverlag Krakau-Warschau G. m. b. H., Krakau, Poststraße 1. Erscheinungsweise: Nach Bedarf. Bezugspreis: Halbjährlich 24,— Zloty (12,— RM.) einschließlich Versandkosten. Einzelnummern werden nach dem Umfang berechnet, und zwar beträgt der Preis je Blatt — 20 Zloty (— 10 RM.). Bezieher im Generalgouvernement können den Bezugspreis auf das Postscheckkonto Warschau Nr. 400, Bezieher im Deutschen Reich auf das Postscheckkonto Berlin Nr. 41 800 einzahlen. Auslieferung: Für das Generalgouvernement und für das Deutsche Reich durch die Auslieferungsstelle des Verordnungsblattes, Krakau 1, Postschließfach 110. Geschäftsräume der Auslieferungsstelle: Krakau, Universitätsstraße 16. Für die Auslegung der Verordnungen ist der deutsche Text maßgebend. Zitierweise: VBiGG. (früher: Verordnungsblatt GGP. I/II).

Wydawany przez Urząd dla Ustawodawstwa w Rządzie Generalnego Gubernatorstwa, Krakau 20, Gmach Rządowy. Druk: Zeitungsverlag Krakau-Warschau, Spółka z ogr. odp., Krakau, Poststraße 1. Sposób ukazywania się: wedle potrzeby. Prenumerata: półroczna 24,— zł (12,— RM.) łącznie z kosztami przesyłki. Egzemplarze pojedyncze oblicza się według objętości, a mianowicie cena za każdą kartkę wynosi — 20 zł (— 10 RM.). Abonenci w Generalnym Gubernatorstwie wpłacać mogą prenumeratę na pocztowe konto czekowe Warschau Nr 400, abonenci w Rzeszy Niemieckiej na pocztowe konto czekowe Berlin Nr 41 800. Wydawanie: dla Generalnego Gubernatorstwa i dla Rzeszy Niemieckiej przez Placówkę Wydawniczą Dziennika Rozporządzeń, Krakau 1, skrytka pocztowa 110. Lokale urzędowe Placówki Wydawniczej: Krakau, Universitätsstraße 16. Dla interpretacji rozporządzeń miarodajny jest tekst niemiecki. Skróót: Dz. Rozp. GG. (dawniej: Dz. rozp. GGP. I/II).